

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— **Recht an jedem Werktag** —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Beilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Haupt- und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Dretzig, Hanswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Ziebersdorf, Thlembach, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von F. V. B. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 287

Mittwoch, den 11. Dezember 1929

81. Jahrgang

Amthlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Band- und Curfabrikanten Robert Emil Schäfer, alleinigen Inhabers der Firma Friedrich Schäfer & Co. in Dorn wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Schlusstermin

auf den 3. Januar 1930, vormittags 9 Uhr bestimmt.

Amtsgericht Pulsnitz, den 10. Dezember 1929.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Berlinische und sächsische Angelegenheiten

(Aus den sächsischen Gesetzblättern.)
Das Ministerialblatt für die Sächsische innere Verwaltung Nr. 22 vom 6. Dezember enthält folgende Bekanntmachungen:
1. Aenderung der Verordnung über Zuverlässigkeitsfahrten und ähnliche Veranstaltungen mit Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen vom 28. Januar 1929; Bereifung der Zugmaschinenanhänger; Dienstanzweisung in Kraftfahrzeugsachen.
— Uebertragung des Weihnachtssortiments aus der Leipziger Thomaskirche. (Die vom Räte der Stadt Leipzig veranstaltete Aufführung von Johann Sebastian Bach's Weihnachtssortiment (Kantaten 1-4) in der Leipziger Thomaskirche am Sonntag, den 22. Dezember 20 Uhr, wird von der Witze auf Mitteldeutschland und von der Dorn auf Niederdeutschland übertragen. Die Aufführung steht unter Leitung von Professor D. Dr. Karl Straube. Es wirken mit: Ilse Holling-Rosenthal (Sopran), Inga Torbjörn (Alt), Hans Fietzsch (Tenor), Professor Dr. Hans Joachim Moser (Baß), Günther Ramin (Cembalo), Max Feist (Orgel), die Chorvereinigung des Gewandhauses und das Stadtorchester zu Leipzig.)

(Die ersten Weihnachtsbäume) sind in diesen Tagen bei verschiedenen Händlern unserer Stadt eingetroffen, und nun möchte wintertliches Wetter einsetzen, damit die grünen Gefellen durch die jetzige Frühjahrsstemperatur nicht vorzeitig ihr Modell verlieren. Auch im Interesse der Geschäftswelt würde kälteres Wetter liegen, da dadurch zweifellos eine gewisse Belebung des Weihnachtsgeschäfts bedingt ist.

(5 Uhr Abendessen am Heiligen Abend.)
Wie uns soeben von den Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband, Gau Sachsen, mitgeteilt wird, hat der Reichstag am 10. Dezember mit großer Mehrheit den Antrag des Abgeordneten Mumm, am Weihnachtseabend die Läden um 5 Uhr zu schließen, angenommen. Damit ist ein langgehegter Wunsch der Kaufmannsgehilfen, für den namentlich der D. H. V. seit Jahren unermüdet gekämpft hat, in Erfüllung gegangen.

Pulsnitz N. O. (Gemeindevorordnetenversammlung.)
In der am 9. Dezember stattgefundenen Gemeindevorordnetenversammlung wurde Kenntnis genommen von dem Stand der Viehzählung vom 2. Dezember 1929; von der Bewilligung einer Beihilfe des Bezirksverbandes zur Schulkinderspeisung; von der Ueberweisung der Brandschadenvergütung in Höhe von 190.— RM für den beim Brückenschaden Brande entstandenen Schaden am Schulgebäude. Desgleichen wird Kenntnis genommen von einem Schreiben des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Ramenz, wonach Beihilfen zu den laufenden Wegunterhaltungskosten nicht gewährt werden können. Der Bericht von Loren vom Heimatschutz durch die Gemeinde wird einstimmig abgelehnt. Auf Antrag des Finanzamts wird dem Volksbüchereiberein Pulsnitz einstimmig ein Beitrag von 25.— RM bewilligt. Allseitig wird bedauert, daß das Lebensbedürfnis nicht ein viel größeres ist. Die Einwohnerschaft soll bei jeder Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Verwaltung der Bibliothek in der Lage ist allen Anforderungen gerecht zu werden. Auf Ansuchen der Tischlermeister von Pulsnitz N. O. werden die erhöhten Preise für Särgen zur kostenlosen Totenbestattung bewilligt. Der Vorschlag des Bürgermeisters, aus der Viehbaubereitschaft auszutreten und dafür dem Bauunfallversicherungsverbande beizutreten wird nach längerer Aussprache dem Finanzamtsrat zur weiteren Beratung überwiesen. Der Geselligkeitsverein Pulsnitz und Umgebung ersucht um Stiftung eines Ehrenpreises für seine im Januar stattfindende Geselligkeitsausstellung. Die Gemeindevorordneten beschließen gegen 2 Stimmen in diesem Jahre von einer Stiftung Abstand zu nehmen, da die Aufwendungen für Fürsorge infolge der großen Erwerbslosigkeit die Gemeinde überaus hoch belasten. Das Gesuch des Hebammenvereins um Erhöhung der Ruhestandsunterstützung wird einstimmig abgelehnt, da dies für die Gemeinde nicht tragbar ist und dies Sache des Staates ist. Das vom Bürgermeister vorgelegte Ortsgesetz über Erziehung und Unterhaltung einer Freibank wird einstimmig angenommen. Auf Vorschlag des Bürgermeisters wird einstimmig beschlossen zu dem Volksentscheid am 22. Dezember für

Das Finanzprogramm der Reichsregierung

Senkung der direkten Steuern um 900 Millionen — Ausgleich für den Ausfall durch neue Steuern

Am Heiligabend 5 Uhr-Abendessen (s. Reichstag) — Die Berliner Presse zum Finanzprogramm der Regierung
Englische Besorgnisse wegen der Ereignisse in China — Der 9. November kein Feiertag mehr (s. Landtag)
Niederlage der Regierungstruppen bei Kanton — Postfachurteil über Deutschland
Gegen Graf Christian v. Stolberg 1 1/2 Jahr Gefängnis beantragt

Berlin. Nachdem das Reichskabinett am Montag bis in die späte Mitternacht über das Finanzprogramm beraten hatte, begannen am Dienstag die Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien. In diesen Beratungen nahmen fast alle Mitglieder des Reichskabinetts teil. Als Vertreter der Sozialdemokraten waren die Abgeordneten Böbe, Dittmann, Breitscheid, Wels und Herz erschienen, für das Zentrum Essing und Brünning, für die Demokraten Haas und Fischer, für die Deutsche Volkspartei Japp und Hoff und für die Bayerische Volkspartei Prälat Leicht.

Ueber den Inhalt der Beratungen wurde kein Bericht herausgegeben, es verlautet nur, daß Finanzminister Dr. Hilferding seinen auf mehrere Jahre berechneten Plan zur Sanierung der Reichsfinanzen in großen Umrissen skizziert habe. Danach sollen bis zum Ablauf dieses Jahres die direkten Steuern und die Umsatzsteuern um rund 900 Millionen gesenkt werden. Den Ausfall will man durch Einschränkung der öffentlichen Ausgaben hereinzuholen versuchen und gleichzeitig die Steuern auf Tabak und Alkohol so weit erhöhen, daß sie noch einen Mehrertrag ergeben. Ferner sieht der Plan des Reichsfinanzministers eine sofort wirksame Kopfsteuer vor, die den Gemeinden zugute kommen soll.

Einzelheiten des Sanierungsplans.

Das den Parteiführern der Koalition vorgelegte Finanzprogramm enthält in erster Linie die Erhöhung der Tabaksteuer um 220 Millionen und die Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung um ein halbes Prozent. Diese beiden Maßnahmen sollen bereits in der nächsten Woche vom Reichstag endgültig verabschiedet werden, damit sie schon am 1. Januar 1930 in Kraft treten. Für einen späteren Zeitpunkt, voraussichtlich den 1. April, soll die bereits bekannte

Senkung der Einkommensteuer und der Realsteuern sowie die Erhöhung der Biersteuer in Kraft treten. Bei den Realsteuern handelt es sich um eine 10prozentige Senkung der Grundvermögenssteuer und eine 20prozentige Senkung der Gewerbesteuer sowie um die Einführung einer Sperre von fünf Jahren gegen eine Erhöhung der Realsteuern durch die Gemeinden. Die Kapitalertragsteuer soll für neue Emissionen wegfallen. Die Börsenumsatzsteuer soll um ein Drittel gesenkt werden, und die Rentenbankzinsen fallen weg. Ebenso soll die Zuckersteuer in Wegfall kommen. Die Industrieböhlungen werden etappenweise im Laufe von 5 Jahren abgebaut. Die Erhöhung der Biersteuer soll 180 Millionen einbringen.

Die Berliner Presse zum Finanzprogramm der Regierung

Berlin, 11. Dez. Von einer Einigung über das Finanzprogramm der Regierung scheint man, nach den Besprechungen der Fraktionen der Regierungsparteien zu urteilen, noch weit entfernt zu sein. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Neigung, sich auf das Finanzprogramm der Regierung festzulegen, nicht zu bemerken gewesen sei. Das sei zu begreifen. Zur Ausführung des Programms seien etwa 17 Gesetzesentwürfe, zum Teil sehr umfangreiche, notwendig. Alle diese Gesetzesentwürfe seien nur in wenigen Fällen angebeutet. Dabei sei jeder von ihnen wirtschaftlich von größter Tragweite. Man könne vom Reichstag nicht ernstlich erwarten, daß er sich zur Annahme von 17 Gesetzesvorlagen verpflichte, die er noch nicht kenne. Zum Teil sei die Formulierung im Regierungsprogramm so unklar, daß man den Eindruck habe, daß sich die Regierung nicht festlegen wolle. Was solle sich nun der Reichstag festlegen? Der „Vorwärts“ kommt zu dem

Schluß, daß man für die notwendige Einigung eine andere Grundlage suchen müsse. Der „Vorwärts“ ist im übrigen nur dafür, der Regierung die Möglichkeit zu geben, mit einem Vertrauensvotum in der Tasche zur zweiten Haager Konferenz zu fahren. Wie die „Vorwärts“ über die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei erzählt, hat namentlich die Fällung der Regierungsvorschläge in ein Sofortprogramm und in ein später erst zu erlegendes Hauptprogramm erhebliche Mißstimmung ausgelöst. Man habe festgestellt, daß das Sofortprogramm lediglich aus Maßnahmen bestünde, die auf eine weitere Belastung der Wirtschaft hinausläßen, während die verprochenen Steuererleichterungen alle in dem „Späterprogramm“ enthalten seien, das erst nach der Annahme des Youngplans verabschiedet werden solle. Man sei sich darüber im Klaren, daß die Sozialdemokraten wohl an der raschen Erledigung des Sofortprogramms, das ja einzig und allein den Beschäftigten, ein Interesse hätten, nicht aber an dem Hauptprogramm, dessen Aufgabe es sein solle, Beschäftigung und Wirtschaft zu entlasten. Infolgedessen befürchtet die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten könnten, wenn die Deutsche Volkspartei jetzt einmal dem Sofortprogramm zugestimmt hätte, die Gelegenheit wahrnehmen und die Verabschiedung des Hauptprogramms verschleppen und sogar völlig sabotieren. Den zahlreichen und berechtigten Bedenken, die in dieser Beziehung in der volksparteilichen Fraktion laut geworden seien, sei von Seiten der volksparteilichen Kabinettsmitglieder entgegen gehalten worden, man könne ja der Gefahr des „Gepralltmerdens“ dadurch vorbeugen, indem man die ausdrückliche Bindung sämtlicher übrigen Regierungsparteien auf den zweiten Teil des Regierungsprogramms zur unerläßlichen Voraussetzung für die Zustimmung zum ersten Teil des Programms mache. Ein Teil der Fraktion habe auch gegenüber diesem Vorschlag Zweifel an dem ehrlichen Willen der Sozialdemokraten äußert, einmal die verlangten Garantien zu geben, um zum anderen sich auch an die eingegangenen Verpflichtungen wirklich zu halten. Da ferner nicht unerhebliche Kräfte der Fraktion die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge als überhaupt untragbar bezeichnete, sei man zu keinem Beschluß gekommen. Das „Berliner Tageblatt“ stellt fest, daß am auffälligsten und bedenklichsten in der Lage, die sich nach der Parteiführerbesprechung ergeben habe, die sichtbare Scheu mehr oder minder aller Parteien gewesen sei, ihrer eigenen Regierung in Verbindung mit der Finanzreform eine Vollmacht auszustellen, die weiter reiche als die sehr bedingte, die in der bisherigen losen Verbindung der Regierungsparteien untereinander und mit der Regierung vorhanden sei. Das sei ein weiteres Zeichen dafür, daß es sich jetzt nicht mehr um eine Zweckmäßigkeit- oder Prestigefrage, sondern um die Existenzfrage der Regierung handle. Die „Sächsische Zeitung“ hegt keinen Zweifel, daß die Regierung bei einiger geschickter Taktik ein Vertrauensvotum für ihre Gesamtpolitik und das Einverständnis der Mehrheitsparteien erlange, die Finanzreform durchzuführen auf der Basis des Regierungsprogramms, das im Kabinett einstimmig gut geheißen worden sei. Es werde natürlich manches Hin und Her zwischen Regierung und Parteien geben und es sei auch jetzt noch nicht gewiß, ob der Reichskanzler schon am Donnerstag die angekündigte programmatische Rede werde halten können. Nach den Blättern enthält das Finanzprogramm der Regierung noch folgende Punkte: Verstärkung der Aufsicht über die Finanzgebarung der Gemeinden und Gemeindeverbände durch Vorschriften über die Genehmigung von Anleihen und Krediten und durch Einführung obligatorischer Rechnungsprüfung durch eine von den Gemeinden abhängige Stelle, Vorlegung eines Gesetzes über die Abrechnung zwischen Reich und Ländern über die schwebende Entschädigung und Aufwertungsansprüche (Eisenbahn, Wasserstraßen, Post usw.), Herabsetzung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um 1/2% mit Wirkung vom 1. Januar 1930, Vorlegung eines Gesetzes zur Regelung der Tilgung der Reichsschulden.

Botshafter Shurman: Deutschland ein Land des unbegrenzten Fortschritts

Berlin, 10. Dezember. Auf einer Feier im Hotel Esplanade hielt der amerikanische Botshafter in Berlin, Shurman, vor amerikanischen Wirtschaftsinteressenten eine längere Rede, in der er sich einigang mit seiner Aufgabe als amerikanischer Botshafter in Deutschland beschäftigte. Er habe es von jeher als die Hauptaufgabe jedes Botshafter betrachtet, die Rechte und In-

